

durch tendenziöse, verfälschte und teilweise frei erfundene Darstellungen der DDR die Nichteinhaltung völkerrechtlicher Pflichten sowie die Verletzung der Menschenrechte unterstellt und die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung diskriminiert wird und gleichzeitig durch Propagierung von Beispielen staatsfeindlicher und anderer gesetzwidriger Handlungen eine mobilisierende und inspirierende Wirkung auf Bürger der DDR erzielt werden soll. Darüber hinaus wurde gezielt Verbindung zu Personen, die Anträge zum Verlassen der DDR gestellt haben, aufgenommen, um von ihnen Informationen zur Forcierung ihrer Hetze zu erlangen, sie aufzuwiegeln und zu rechtswidrigen Handlungen anzustiften, sie in ihren feindlichen Positionen zu bestärken sowie konkrete Festlegungen über das weitere Zusammenwirken, insbesondere im Hinblick auf erwartete Reaktionen staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte der DDR zu treffen.

In den im Berichtszeitraum bearbeiteten Untersuchungsverfahren konnte der Nachweis erbracht werden, daß ein wesentliches Element der gegnerischen Hetzkampagne und weiterer damit im Zusammenhang stehender Aktivitäten darin besteht, direkt und unmittelbar breite Bevölkerungskreise der DDR aufzufordern, die DDR auf dem Wege der Antragstellung auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft zu verlassen. Darüber hinaus aktiviert er Personen in der BRD und Westberlin, über persönliche Kontakte die Wirksamkeit dieser Einflußnahme zu erhöhen sowie Bürgern der DDR unmittelbare Anleitung und Unterstützung bei gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Handlungen zu geben.

Zu diesem Zweck werden in Massenmedien sowie im Rahmen des Kontaktgeschehens die westlichen Lebensverhältnisse verherrlicht, den Bürgern der DDR bessere berufliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten in der BRD suggeriert, der Sozialismus diskriminiert, den Bürgern durch Verfälschung des Völker-